



Im gesamten Gesundheitsbereich gibt es Klagen über fehlendes Schutzmaterial für das Personal. AGES und Land Tirol streiten darüber, wann die Krankheit in Ischgl ausgebrochen ist.

ALFRED PFEIFFERBERGER
EVA HAMMERER

WIEN. Tag 2 des Maskengebots in Österreich. Und schon gibt es erste Meldungen, dass die Schutzmasken knapp werden. Der Braunauer Bürgermeister Johannes Waidbacher (ÖVP) forderte seine Bürgerinnen und Bürger auf, nur allein einzukaufen zu gehen. „Dringender Appell! Bitte nicht in Gruppen oder mit der ganzen Familie einzukaufen gehen! Die Masken sind dort, wo es sie schon gibt, ein rares Gut! Danke! Euer Bgm“, heißt es in dem SMS, das über den Zivilschutz verbreitet wurde. Braunau ist kein Einzelfall, schließlich müssen auch die Handelsunternehmen, die sich mit Millionen von Masken eingedeckt haben, sorgsam damit umgehen.

Die Masken, deren Verteilung die Regierung vor den großen Lebensmittelmärkten angeordnet hat, sind aber auch in Spitälern und Pflegeeinrichtungen knapp. In einem Brief an die SN beschreibt ein Pfleger der Salzburger Landeskliniken die Situation: „... dass wir für einzelne OP-Masken (die, die nicht uns, sondern unser Gegenüber schützen) unterschreiben und die Verwendung begründen müssen“. Auf manchen Stationen wird über jede einzelne Maske Buch geführt, auch

der Verbrauch von Desinfektionsmitteln muss exakt dokumentiert werden. Gerald Michael Radner, Facharzt und Generalsekretär der Medizinischen Gesellschaft für Medizinrecht, sagt, dass es auch im niedergelassenen Bereich massiv an Schutzausrüstung fehle. In seiner Praxis könne er gerade einmal das Personal mit Schutzmasken ausstatten, aber dies sei auch für Patienten notwendig. Die OP-Masken, die derzeit verwendet würden,



„Kann gerade das Personal ausstatten.“

Gerald Michael Radner, Arzt

schützen ja nicht den Träger, sondern das Gegenüber, weil sie verhindern, dass Viren durch Niesen oder Husten im Raum verteilt werden. Allein aus diesem Grund sei es notwendig, dass alle Arztpraxen ausreichend mit solchen Masken versorgt würden. Wenn es dann darum gehe, einen infizierten Patienten zu behandeln, sei ohnehin eine deutlich bessere Schutzausrüstung notwendig. Anfangen von hochwertigen medizinischen Atemschutzmasken bis zu Handschu-

hen, Haarnetzen, Schutzanzügen und auch einem Gesichtsschutz aus Plexiglas. Es gebe inzwischen Ärzte, die selbst solche Face-Shields herstellten, weil es sie nicht zu kaufen gebe. Viele niedergelassene Ärzte hätten zudem finanzielle Probleme. Sie sollen zwar die medizinische Versorgung außerhalb des Spitals garantieren. Viele Patienten holten nun aber telefonisch Auskunft ein, dafür gebe es von den Kassen kaum Honorare, dies sei auf Dauer finanziell nicht vertretbar.

In die Klage über fehlende Schutzausrüstung stimmen auch die Sozialeinrichtungen ein. Caritas, Diakonie, Hilfswerk und Volkshilfe richteten am Donnerstag einen Hilferuf an Bund und Länder. „Unser Pflegepersonal hat nach wie vor nicht ausreichend Schutzkleidung zur Verfügung. Wenn wir die Ausbreitung von SARS-CoV-2 eindämmen wollen, müssen wir sowohl in stationären Einrichtungen als auch in der mobilen Pflege dringend effektive und ausreichende Maßnahmen setzen. Länder wie Singapur, Südkorea, aber auch China, die erfolgreich bei der Eindämmung waren, haben die Langzeitpflege besonders bedacht und mit Schutzkleidung ausgestattet.“

Schutzkleidung sei das Um und Auf, aber auch für den Pflegebe-

reich gelte. „Testen, testen, testen.“ „Bleibt eine Infektion unerkannt, ist zu befürchten, dass sich rasch 50 bis 80 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner in einer Pflegeeinrichtung infizieren“, sagt Elisabeth Anselm, Geschäftsführerin von Hilfswerk Österreich.

Verwirrung um Patient null in Ischgl

Für Verwirrung sorgte am Donnerstag eine Meldung der AGES, der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. Demnach sei eine Schweizer Kellnerin in Ischgl die Coronavirus-Patientin null. Sie sei bereits am 5. Februar erkrankt, habe aber nur leichte Symptome gehabt und sei deswegen nicht zum Arzt gegangen. Wo sie sich angesteckt habe, sei unklar. Positiv getestet wurde sie laut AGES erst im März.

Bisher ging man davon aus, dass ein Barkeeper des Après-Ski-Lokals Kitzloch in Ischgl als erster Infizierter zahlreiche Personen angesteckt hatte. Der Barkeeper ist laut AGES als Einziger zum Arzt gegangen und hat fälschlicherweise die Rolle des angeblichen Weiterverbreiters „umgehört bekommen“. Das Land Tirol forderte daraufhin Aufklärung

von der AGES. Der Fall sei für das Land „nicht nachvollziehbar“, sagte LH-Stv. Josef Geisler (ÖVP). Die Tiroler „Fallzahlen“ würden mit dem 7. März beginnen, dem ersten bestätigten Ischgl-er Coronafall. „Es ist ganz wichtig, dass uns die AGES Aufklärung gibt, ob das überhaupt den Tatsachen entspricht“, sagte Geisler. Das Ganze sei auch „medizinisch nicht ganz nachvollziehbar“. Im Falle des Auftretens am 5. Februar wäre die Krankheit am 9. März „ja längst abgeklungen“.

Am späten Donnerstagmorgen gab das Land Tirol bekannt, die Schweizerin habe bei der Testung angegeben, dass sie am 5. März – und nicht einen Monat davor – erste Symptome aufgewiesen habe. Das positive Ergebnis der Kellnerin sei am 9. März vorgelegen.

Gesundheitsminister Rudolf Anschöber konnte den Fall aufklären. Schuld an der Verwirrung war demnach ein Eingabefehler im Meldesystem. Denn tatsächlich hat die Schweizerin erst am 5. März und nicht am 5. Februar in Ischgl.

Die AGES gestand den Irrtum ein, erklärt nun aber eine einheimische Kellnerin zum ersten Corona-Fall in Ischgl. Die Frau habe am 8. Februar erste Symptome gehabt, was sich aber erst bei späteren Untersuchungen herausgestellt habe.

Krankenkassen sollen Corona-Risikogruppe erheben

Angehörige der Risikogruppe müssen weiters mit ihrem Arzt klären, ob sie von der Arbeit freigestellt werden können.

WIEN. „Muss ich in Zeiten von Corona zur Arbeit, wenn ich eine schwere chronische Erkrankung habe?“ Solche Fragen von verunsicherten Arbeitnehmern landen derzeit oft bei der Corona-Hotline und bei der Helpline der Arbeiterkammer. Zu Wochenbeginn hatte die Regierung angekündigt, dass Risikogruppen nicht mehr an den Arbeitsplatz müssen. Falls kein Homeoffice möglich ist, werden die Arbeitnehmer dienstfrei gestellt. Die Regierung übernimmt dafür die Kosten.

Unklar war bislang, wer zur Risikogruppe gehört. Die Definition, die in den Medien immer wieder genannt wird, war Arbeitnehmer-treten zu wage. In den vergangenen

Wochen wurde von Experten und Politikern die Altersgruppe 65 plus und Menschen, die an Vorerkrankungen oder chronischen Erkrankungen (Krebs, schwere Diabetes oder einer Immunschwäche) leiden, immer wieder als Risikogruppe genannt. Für die heikle Frage, wer nun tatsächlich zur Risikogruppe gehört und deshalb nicht auf den Arbeitsplatz muss, genügt das freilich nicht.

Gesundheitsminister Rudolf Anschöber (Grüne) hat deshalb am Donnerstag in diesem Zusammenhang erklärt, dass die Identifikation durch die Krankenkassen erfolgen sollte. Aufgrund der Medikamentierung könne man nämlich heraus-

finden, wer zur Risikogruppe gehört. „Diese Gruppe bekommt von uns zunächst Verhaltensempfehlungen zugesendet“, sagte Anschöber am Donnerstag. Beim Dachverband der Sozialversicherungsträger wartet man derzeit auf konkrete Vorgaben

Gewerkschaft will Kündigungsschutz

aus dem Ministerium, um die Gefährdeten herauszufiltern. Laut Sozialversicherungschef Peter Lehner muss die genaue Definition durch Ärzte erfolgen. Denn nach der reinen statistischen Auswertung würden 24,13 Prozent der österrei-

chen Bevölkerung in die Risikogruppe fallen, so Lehner.

Zusätzlich werden die Krankenkassen pseudonymisierte Daten ihrer Versicherten für die Coronaforschung zur Verfügung stellen, um etwa die Auswirkungen von Medikamenten zu erheben. Anschöber betonte, dass der Datenschutz dabei oberstes Gebot sei.

Zurück zur Risikogruppe: All jene, die zu dieser Gruppe gehören, sollen laut dem Gesundheitsminister nach Verständigung zum Arzt gehen, der schlussendlich die Entscheidung trifft, ob sich die Personen für die Zeit der Coronakrise aus dem Berufsleben zurückziehen sollten. Der, wo keine Heimarbeit

möglich sei, werde eine bezahlte Freistellung geben. Für andere, nicht ganz so akut gefährdete Menschen könne der Arzt Empfehlungsschreiben ausstellen. Der Kreis der Betroffenen soll bis zum Wochenende bekannt sein, die Umsetzung der Maßnahme erwartet Anschöber nächste Woche.

Gewerkschaftsbundchef Wolfgang Katzin hat zudem einen Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, die in die Risikogruppe fallen, gefordert. Gleichzeitig verlangt die Gewerkschaft einen Anspruch auf vorzeitigen Mutterschutz. Auch wenn es derzeit keine Hinweise gebe, dass SARS-CoV-2 auf das Kind im Mutterleib übertragbar sei, mars